

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1947

33 (13.8.1947)

auf Hiro-
worfen.
Redak-
ermordet.
recht ge-
cher Kon-
er Sozial-
iterpartei.
ablehnung
klärung
ly Braun,
erin; ge-

hner, ge-
t Häckel,
ben.
g erklärt
r in Tokio
r Kapitu-

tritt in

Bahnbre-
ens, ge-

!

während

arbeitet

in 50 RM

auf die

Öffent-

nehmen...

beschäftigt

Schaffung

andwirt-

zungs-

die Ar-

wirtschaft

er müß-

griffen

Boden-

Bauern-

den Ar-

beit zu-

gekür-

den schon

ern Ein-

er aufge-

Land-

zonen

derungen

im Ar-

beiten

soil-

lung der

gung der

müssen

Ausbau-

o. aus-

schläng-

hängig

derungen

den Land-

empört

des Mehr-

daß jetzt

amalgam

der Na-

echt der

ard.

ng mit

den Wil-

es zu ken-

andere

im

handel

Illinger

berg wie

Gemüse-

ese Firm-

ant, Pe-

00 Uhr

Badisches

VOLKSECHO

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 2, Nr. 33

Mannheim, den 13. August 1947

Preis 15 Pfg.

Der Weg zur Lösung der Lebensfragen Deutschlands

Erklärung der Ministerpräsidenten der sowjetischen Besatzungszone an den Alliierten Kontrollrat

Die Ministerpräsidenten der sowjetischen Besatzungszone haben dem Alliierten Kontrollrat in Berlin eine Erklärung zu den Lebensfragen des gesamten Deutschlands übersandt. Diese Erklärung ist inzwischen veröffentlicht worden. Wir drucken aus dem politisch bedeutsamen Dokument die wichtigsten Stellen ab.

Notwendige Schritte

In allen Kreisen des deutschen Volkes herrscht darüber Einigkeit, daß entschlossene Schritte zur Überwindung der Not erforderlich sind. Doch die Not und das Elend des deutschen Volkes können nicht auf zentraler oder bizonaler Grundlage und nicht durch eine bundesstaatliche Verständigung zwischen den Ländervertretungen, wie die Beispiele zeigen, überwunden werden. Nur durch die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands und durch die Steigerung der Produktion für den friedlichen Bedarf werden die notwendigen Voraussetzungen für eine

gesunde Entwicklung unserer Wirtschaft geschaffen, wodurch ein höherer Lebensstandard unseres Volkes und die Sicherung der Erfüllung der Wiedergutmachungsverpflichtungen gegenüber den Alliierten ermöglicht wird. Entscheidend ist die Beseitigung der Not des deutschen Volkes. Diese Ursachen sehen wir darin, daß in vielen Teilen Deutschlands nazistische Elemente in den leitenden Wirtschaftsorganen weitgehendst zugelassen werden, daß

die Konzerne dort weiter bestehen und auf dem Lande immer noch die Großgrundbesitzer herrschen. Um eine baldige Lösung der wichtigsten Lebensfragen unseres Volkes herbeizuführen, ist vom Alliierten Kontrollrat die unverzügliche Einberufung einer gesamtdeutschen Beratung zu genehmigen. An dieser Beratung sollen teilnehmen die Vertreter der großen demokratischen Parteien, der Gewerkschaften, die großen antifaschistischen Organisa-

tionen, wie Bauernorganisationen, Frauen- und Jugendorganisationen, die Vertreter der großen Städte und die Landtags- und Ministerpräsidenten der Länder. Diese gesamtdeutsche Beratung soll der Besprechung der dringlichsten Fragen der Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands dienen, da nur auf diesem Wege die Not unseres Volkes überwunden werden kann. Dazu werden folgende Vorschläge unterbreitet.

Schaffung deutscher zentraler Verwaltungen

1. Die Bildung deutscher zentraler Verwaltungen, wie sie in den Beschlüssen der Berliner Konferenz der Alliierten und der Moskauer Tagung des Außenministers vorgesehen sind, zu genehmigen. Das sind die deutschen zentralen Verwaltungen für Finanzwesen, Transportwesen, Post- und Fernmeldewesen, Außen-

handel, Industrie, Landwirtschaft und Ernährung.

Austausch von Nachrichten und Genehmigung der demokratischen Parteien und Gewerkschaften für ganz Deutschland.

2. Eine wahrhaft demokratische Umgestaltung Deutschlands ist die wichtigste Voraussetzung für die Be-

seitigung der Ursachen der Not unseres Volkes. Sie ist nur möglich, wenn die demokratischen Parteien und Gewerkschaften sich für ganz Deutschland vereinen können. Deshalb bitten wir den Alliierten Kontrollrat, die Tätigkeit der demokratischen politischen Parteien und Gewerkschaften für ganz Deutschland zu genehmigen.

Versorgung der Bevölkerung

3. Zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln ist es notwendig, in allen Besatzungszonen gleichermaßen die Vorbereitung der Ernte zu treffen durch Festsetzung des Ablieferungssolls für die einzelnen Länder, Kreise und Gemeinden. In den Teilen Deutschlands, wo die demokratische Bodenreform, die in ganz Deutschland im Jahre 1947 durchgeführt werden soll, noch nicht verwirklicht ist, soll die Ernte der großen Güter nach Erfüllung des Ablieferungssolls dem Bedarf der Bauern und Umsiedler dienen, und nicht der unrechtmäßigen Bereicherung der noch verbliebenen Junker und Gutsbesitzer. Die Feststellung der gesamten

Ernte hat mit Hilfe von Ernährungsausschüssen in Kreisen und Orten zu erfolgen, damit klarstellt wird, welche Lebensmittelmengen dem Ablieferungssoll unterliegen, wieviel der Bauer für sich und seine Wirtschaft davon benötigt und wieviel für den zusätzlichen Aufkauf durch landwirtschaftliche Genossenschaften und andere Organe noch zur Verfügung steht. Unverzügliche Ausarbeitung des Anbau- und Viehwirtschaftsplanes für 1948, wobei eine bedeutende Erweiterung der Anbaufläche vorgesehen werden muß. Strenge Kontrolle des Viehbestandes und genaue Durchführung der Ablieferung von Schlachttvieh, um die Fleisch- und Fettversorgung der Bevölkerung sicherzustellen.

Die Durchführung dieser Maßnahmen soll mit Hilfe der Ernährungsausschüsse in den Länderregierungen, Kreisvertretungen und Gemeindeverwaltungen, unter Ausschluß der früheren Beamten des Reichsnährstandes, angefangen vom Ortsbauernführer, getätigt werden. Bei einer Erweiterung der Anbaufläche, Intensivierung der Bodenutzung und genaue Durchführung des Ablieferungsplanes muß die Versorgung in der Höhe der gegenwärtig in der Ostzone bestehenden Lebensmittelrationen aus der Produktion der deutschen Landwirtschaft erreicht werden, damit durch die Einführung von Lebensmitteln aus dem Ausland die Lebensmittelrationen erhöht werden können.

Steigerung der Industrieproduktion und Verbesserung der Versorgung

4. Um die Versorgung des deutschen Volkes und die Erfüllung der Wiedergutmachungsverpflichtungen Deutschlands gegenüber den anderen Ländern zu sichern, bitten wir den Alliierten Kontrollrat, die Verordnung vom März 1946 über den Stand der Industrieproduktion aufzuheben und eine freie Entwicklung der Produktion für den täglichen Bedarf und die Errichtung einer gesamtdeutschen Planwirtschaft zu genehmigen.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist notwendig:

a) Steigerung der Kohlenförderung und der Eisen- und Stahlproduktion. Sicherung einer planmäßigen Produktion durch Überplanung der Betriebe der Grundstoffindustrie an das Volk und Gewährung des Mit-

bestimmungsrechts an die Betriebsräte und Gewerkschaften.

b) Erfassung und Verteilung der Rohstoffe, Halbfabrikate und Fertigerzeugnisse der Industrie. Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit Hausbrand für den Winter.

c) Veröffentlichung der Liste der Betriebe, die gemäß den Verordnungen über Entmilitarisierung oder Reparationen der Demontage unterliegen, sowie die Reparationsanforderungen aus der laufenden Produktion und der Lieferung für die Besatzungstruppen, um eine klare Planung der Wirtschaft zu ermöglichen.

d) Demokratisierung des Wirtschaftsapparates durch Entfernung aller früheren leitenden Angestellten der faschistischen Kriegswirtschaft, Naziaktivisten, Wehrwirtschaftsführer und aktiven Verfechter der hitlerischen Kriegspolitik aus den leitenden Organen der Betriebe und der Wirtschaft.

Die Einsetzung von Treuhändern für die bisherigen Konzernbetriebe, Betriebe von Kriegsverbrechern und von aktiven Nazis soll durch die deutschen demokratischen Organe im Einvernehmen mit den Gewerkschaften unter Bestätigung durch die Besatzungsbehörden erfolgen.

e) Die gesamte Einfuhr und Ausfuhr soll nur im gesamtdeutschen Maßstab durchgeführt werden. Zu diesem Zweck ist die baldige Schaffung einer deutschen zentralen Verwaltung für Export und Import besonders wichtig.

Hat Deutschland eine Zukunft?

Der Angelpunkt all dessen, was geschehen muß, um unserm Volk zu helfen, das ist die

Einheit!

Die Einheit der Arbeiterklasse und die Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte, damit alle gemeinsam zupacken, um aufzubauen.

Die Einheit Deutschlands, weil die einzelnen deutschen Länder oder Zonen zwar dahinvegetieren, aber für sich allein nicht leben können.

Oft wird man gefragt.

ob es denn möglich sein wird, die Einheit Deutschlands zu erreichen oder ob nicht der Osten und der Westen bereits einander abschreiben müssen.

Die Antwort muß lauten:

Wir werden bestimmt ein einheitliches Deutschland haben, wenn die 50 Millionen erwachsener Deutscher es fordern und erkämpfen!

Wir werden es nicht oder erst viel später haben, wenn geglaubt wird, daß uns dieses einheitliche Deutschland ohne jedes Zutun als Ergebnis von außen her beschert wird.

Anton Ackermann.

Der Griff nach dem Herzen

Verhandlungen um die Ruhr in Washington

Am Dienstag begann in Washington die anglo-amerikanische Ruhrkohlenkonferenz. Die amerikanischen Monopole bemühen sich bekanntlich, im Sinne des Marshall-Planes und im Rahmen der von Dulles propagierten Westblockpolitik, das Ruhrgebiet unter ihre Botmäßigkeit zu bringen. Die Mittel, mit denen diese Bestrebungen verwirklicht werden sollen, sind Anleihen, die Übertragung der Kontrollorgane im Ruhrgebiet an Amerika und die Überführung der Ruhrgruben in den Privatbesitz amerikanischer und deutscher Monopolisten.

Englands Versuch, die Kontrolle über das Ruhrgebiet zu behalten, wurde von Washington mit dem Vorschlag beantwortet, die Sozialisierung des Ruhrbergbaues auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Frankreich wird mit der Zusicherung abgespeist, daß es an einer Dreier-Konferenz teilnehmen könne, auf der die Höhe der deutschen Industrieproduktion und ein bestimmtes Mitbestimmungsrecht Frankreichs festgelegt werden soll.

Im Zusammenhang mit den amerikanischen Bestrebungen werden Stinnes und andere Ruhrmagnaten als Leiter oder Mitglieder einer künftigen deutschen Kohlenverwaltung benannt. Allein diese Tatsache muß auf alle fortschrittlichen deutschen Kräfte in höchstem Grade alarmierend wirken.

Gegen diesen Plan des in- und ausländischen Monopolkapitals nahm die SED am Samstag in einem Rundfunkkommentar Stellung, in dem u. a. ausgeführt wurde:

„Das werktätige deutsche Volk kann auf das Ruhrgebiet als untrennbarer Bestandteil der deutschen Wirtschaft nicht verzichten. Es fordert Garantien und will dazu beitragen, daß das Ruhrgebiet nie wieder

Betriebsunfälle der Koalitionspolitik

Durch die Ablehnung von Fischer und Schniewind stand der Wirtschaftsrat in seiner letzten Plenarsitzung erneut vor der Notwendigkeit, die Wahl der Direktoren für Verkehr und Finanzen durchzuführen. Beide Direktoren wurden wiederum von der CDU vorgeschlagen und mit der Hilfe der DVP durchgedrückt. Verkehr übernahm Professor Edmund Frohne und Finanzen Dr. Hartmann. Der einheitliche reaktionäre Charakter des Direktoriums des Wirtschaftsrates ist erhalten geblieben.

Bei der Besetzung der Direktorenposten im Wirtschaftsrat wurden Schwierigkeiten in der von der SPD und CDU geübten Koalitionspraxis sichtbar. Von einem Bruch mit der in der Vergangenheit für das werktätige Volk in Deutschland so verhängnisvollen Koalitionspolitik ist aber trotz aller scharfen Worte von seiten der SPD-Führer nicht zu reden. Das Hin und Her im Wirtschaftsrat, die einseitige Besetzung der Direktorenposten erscheint mehr und mehr unter dem Gesichtswinkel eines Betriebsunfalles der Koalitionspolitik.

Inzwischen ist der württembergisch-badische Vertreter im Exekutivrat des Wirtschaftsrates, Dr. Heinrich Köhler, zurückgetreten. In der Erklärung über die Gründe seines Rücktritts versucht er den Anschein zu erwecken, als ob eben da-

bei seine Unzufriedenheit über den Ausgang der Direktorenwahl maßgebend gewesen sei. Nur in dem Zusammenhang der CDU und der SPD bestünde die Möglichkeit, vielleicht die letzte, der Schwierigkeiten Herr zu werden, die in allen Fragen, insbesondere der Ernährung, vor dem deutschen Volk stehen.

Wir übersehen dabei nicht, daß einmal innerhalb der CDU mit verteilten Rollen gespielt wird und zum andern, gerade im Falle Dr. Köhlers, die Frage gewisser Schlüsselpositionen in Württemberg-Baden für seine Entscheidung maßgebend gewesen ist. Für die CDU war die Neubesetzung des stellvertretenden Ministerpräsidenten und des Präsidenten des Landesbezirks Baden, die mit der Entsendung Dr. Köhlers in den Exekutivrat zwangsläufig gestellt wurde, eine heikle Angelegenheit in Personalunion — wie es bei Dr. Köhler der Fall ist — diese beiden Ämter in einer CDU-Hand wieder zu vereinigen, dürfte eine schwere Sache sein.

Darin also ist der Hauptgrund zu erblicken, wenn Dr. Köhler wieder aus dem Exekutivrat ausgetreten ist. Der entscheidende Doppelposten in Württemberg-Baden soll mit Dr. Köhler der CDU verbleiben. Das offen auszusprechen, war schwerlich von Dr. Köhler bei seiner Rücktrittsbegründung zu erwarten.

Wieder ein Minister belastet

Nicht abreißender Entnazifizierungsskandal

Die permanente Entnazifizierungskrise dürfte nicht zuletzt darin eine Ursache haben, daß eine große Anzahl der Politiker und staatlichen Repräsentanten der bürgerlichen Parteien selbst wurde Stellen in ihrer politischen Vergangenheit aufweisen. Zum Fall Simpfendorfer und Bausch kommt in Württemberg-Baden ein neuer hinzu. Diesmal handelt es sich um den sattem bekannten Landwirtschafts- und Ernährungsminister Stooß (CDU).

er aktive Propaganda für den Nationalsozialismus getachtet Gleichfalls war er Hospitant der NSDAP-Fraktion im Landtag gewesen.

Die Aktivität von seiten der bürgerlichen Parteien, das Befreiungsgesetz zu „reformieren“, um dabei die Paragraphen für die Großen zu lockern, wird mehr und mehr verständlich. Viele der Politiker, die hinter den Kulissen, oft aber auch, wie im Falle Bausch, ganz offen in dieser Richtung tätig sind, handeln in eigener Sache. Daß die Durchführung des Gesetzes mehr und mehr zum Skandal geworden ist, kann deshalb nicht mehr verwundern.

Harte Einschränkungen

Der „rettende“ Wirtschaftsplan der Bizone

Die bizonale Wirtschaftsverwaltung hat einen neuen Wirtschaftsplan für die Bizone veröffentlicht, der die Billigung der anglo-amerikanischen Kontrollbehörden hat. Das Zentralorgan der SED, „Neues Deutschland“, bemerkt dazu:

„Statt der bisher vorgesehenen 51 Mill. t Kohlen werden der deutschen Wirtschaft nur etwa 45 bis 46 Mill. t zur Verfügung stehen. Davon sollen die Grundindustrien 71 Prozent erhalten. Der nächste Satz des Verlaufs der Wirtschaft verdient größte Beachtung: „Dagegen würden Industrien zweiten Ranges, die größtenteils für die Versorgung der deutschen Bevölkerung arbeiten, durch die eingeschränkte Kohlenzufuhr in Mitleidenschaft gezogen werden und teilweise keine Kohle und keinen Strom erhalten.“

Als wichtigste Exportgüter werden Kohle und Holz bezeichnet, die ohne Schwierigkeit beschafft werden können. Deutschland dürfe nicht hoffen, alle aufzubauen, sondern ganz Europa müsse vorantreiben. Weiter kündet der Plan „ungewöhnliche Einschränkungen“ des Stromverbrauchs an. Die letzten Illusionen der Marshall-Gläubigen werden zerstört, wenn es heißt, daß zwar eine erhöhte Ausgabe von Verbrauchsgütern für die deutsche Bevölkerung vorgesehen gewesen sei, aber alle diese Waren hätten auf einer gesättigten Kohlenproduktion basieren.

Daß bei dem vorgesehenen Kohle-Exportprogramm eine Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft unmöglich ist, mögen einige Zahlen verdeutlichen. Bei einer Erzeugung von rund 220 000 t Kohle im Jahresergebnis von etwa 66 Mill. t zu rechnen. Davon sieht der Plan 46 Mill. t für die deutsche Wirtschaft vor. 20 Millionen t sind also zur Ausfuhr bestimmt. Im Durchschnitt der Jahre 1926 bis 1928 wurden in Deutschland, ohne Saargebiet, 156 Mill. t Kohle gefördert. Davon wurden nur 19 Mill. t ausgeführt. Wenn man weiterhin bedenkt, daß von den der deutschen Industrie verbliebenen 46 Millionen t nur 29 Prozent für die Konsumgüterindustrie zur Verfügung stehen, dann kann man ohne Übertreibung sagen, daß der bizonale Wirtschaftsplan keinerlei Fortschritt in der deutschen Wirtschaft des Westens vorzieht.“

AUS ALLER WELT

1120 000 Mann betrogen die Verluste der Kuomintang-Regierung in China in den letzten 12 Monaten.

Durch einen Generalstreik protestieren die Arbeiter in Tunis gegen das von der Regierung festgesetzte Lohnminimum von 4800 Franken. Sie fordern 60 Franken Mindestlohn.

Den Abzug der englischen Truppen aus Ägypten und dem Sudan fordert der ägyptische Ministerpräsident.

Im jugoslawisch-bulgarischen Freundschaftsvertrag ist eine weitgehende Zusammenarbeit beider Völker beschlossen worden. Jugoslawien verzichtet u. a. auf bulgarische Reparationszahlung.

Neue Fortschritte der griechischen demokratischen Partisanentruppen werden in verschiedenen Teilen Griechenlands meldet. Starke Einheiten operieren in Zentralgriechenland, 175 Kilometer nördlich von Athen.

90 Prozent aller Reichtümer in USA sind im Besitz von 1 Prozent der Bevölkerung. 33 Prozent gehören 12 Prozent der Bevölkerung und in der restlichen Prozent des Reichtums teilt sich die übrige Mehrheit von 87 Prozent der Bevölkerung. It. einer Verfassung des amerikanischen Soziologen Lund-

Abnacion, die Hauptstadt Paraguays, ist von den Aufständischen vollständig eingenommen. Ein Teil der Regierungstruppen ist zu den Aufständischen übergetreten.

Mit Kriegsmaterial beladene Frachtkanister haben die USA verlassen und befinden sich auf dem Wege nach Griechenland.

Die Füllen haben die Holländer den Weg zum Einstellen der Feindseligkeiten in Indonesien verlehrt, nach dem Bericht der indonesischen Regie-

Pressebesprechung Walter Ulbrichts

Einheit Deutschlands nur mit Ruhrgebiet

Gegen die Zerreißung Deutschlands — Für gesunde Wirtschaftspolitik durch deutsche Zentralverwaltung

Walter Ulbricht, der stellvertretende Vorsitzende der SED sprach in Frankfurt a. M. auf einer Pressekonferenz vor deutschen und ausländischen Pressevertretern zu den aktuellen Fragen Deutschlands und der Weltpolitik. Den Versuch, das Ruhrgebiet politisch und wirtschaftlich von Deutschland zu trennen, bezeichnete Walter Ulbricht als gleichbedeutend mit der Vernichtung der

wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands. Auf eine entsprechende Frage antwortete Walter Ulbricht, daß bei Einhaltung der bestehenden internationalen Vereinbarungen eine Abtrennung des Ruhrgebietes nicht vorgenommen werden könne. Auf die Frage eines amerikanischen Journalisten, ob Walter Ulbricht der Ansicht sei, daß die USA einen Teil Deutschlands, z. B. das

Ruhrgebiet, „greifen“ wolle, erwiderte er, zunächst müsse man abwägen, was geschehe, jedoch betrachte er das offenkundig gewordene Ziel des ausländischen Großkapitals nicht nur in einer Kapitalanlage, sondern mehr noch in dem Versuch, das Ruhrgebiet vollkommen zu beherrschen und ausschließlich seinen Interessen zu unterstellen. Die SED vertrete die Ansicht, daß es den Interessen des deutschen Volkes entspräche, durch eine deutsche Zentralverwaltung eine Wirtschaftspolitik zu treiben, die nicht auf eine übermäßige Kreditgewährung angewiesen sei. Als beste Aufbauhilfe bezeichnete Walter Ulbricht die Übergabe der Ruhrbergwerke in die Hände des deutschen Volkes.

Ueber die „Hilfe“ durch den Marshallplan ließ er sich dahin aus: „Wir wollen niemand dazu verleiten, un-reelle Kredite zu gewähren. Wir wünschen eine anständige Wirtschaftspolitik mit kurzfristigen Lebensmittellekrediten.“

Wenn die Wirtschaftspolitik der SED für ganz Deutschland in Anwendung käme, wären die westlichen Alliierten in der Lage, ihre Lebensmittellekredite zu verringern. Deutschland sei sehr wohl in der Lage, die gegenwärtig ausgegebenen Lebensmittellekredite selbst auszubringen.

Walter Ulbricht erklärte, daß er die Chancen seiner Partei im Westen in ständigem Wachsen sehe. Die SED sei die einzige Partei, die den Kampf für die Einheit Deutschlands mit Konsequenz durchführe.

Entnazifizierung vor dem Länderrat

Die Bemühungen des württembergisch-badischen Landtags

Auf der 23. Tagung des Länderrats hat General Clay erklärt, daß er mit den Ministerpräsidenten der amerikanischen Besatzungszone übereingekommen sei, „daß die Abänderungsvorschläge (der Säuberungsminister zum Entnazifizierungsgesetz) bei der nächsten Länderratsitzung im kommenden Monat behandelt werden sollen.“

Der im württembergisch-badischen Landtag angenommene Gesetzentwurf zur Abänderung des Befreiungsgesetzes Nr. 104 geht über die Vorschläge der Ministerpräsidenten weit hinaus.

Wenn man sich die Heftigkeit ins Gedächtnis ruft, mit der in Landtag und dem Gesetzentwurf gestritten wurde, so könnte man heute der Meinung sein, daß dabei vergessen worden war, daß es sich letzten Endes ja doch nur um einen Diskus-

Entnazifizierung vor dem Länderrat

sionsbeitrag des württembergisch-badischen Landtags zu den Beratungen des Länderrats handelte, der seinerseits wiederum nur Vorschläge für die Behandlung des Gegenstandes durch die Militärregierung ausarbeiten soll.

Dabei erhebt sich nochmals nachträglich, welche Maß von reiner Agitation die DVP für ihre berühmte „Initiative“ aufgebracht hatte.

Wir selbst hatten in unserem Bericht zu wenig gerade diese Seite der Angelegenheit hervorgehoben, und es war nicht besonders hervorgehoben worden, welche langwierige Prozedur die Sache nun noch durchmachen muß, und welche veränderte Gestalt sie dann endlich bekommen wird, gegenüber dem beschlossenen Abänderungsgesetz des württembergisch-badischen Landtags.

Umsiedler finden den Weg in die neue Heimat

Versammlungsaktivität — Wahl eigener Ausschüsse

Eine immer größere Aktivität macht sich auch in Nordbaden unter den Umsiedlern bemerkbar. Die Ursache dafür ist in der trostlosen Lage der Umsiedler zu finden, die unter den Auswirkungen des Hitlerkrieges am schlimmsten zu leiden haben. Sie müßten ihre Heimat im Stiche lassen, haben alles verloren, schenken kaum das Nötigste auf dem Leibe. Leider finden sie nicht immer das nötige Verständnis bei uns in unserem Lande, das ihnen zur neuen Heimat werden muß. Unsere verantwortlichen staatlichen und gemeindlichen Organe tun oft wenig oder nichts, um das Los dieser Menschen zu erleichtern.

Reaktionäre Elemente verbreiten unter den Umsiedlern Illusionen von der Möglichkeit einer Rückkehr in die alte Heimat. Langsam erkennen diese aber, daß eine Rückkehr nicht mehr zu denken ist. Sie gliedern sich ein in die neue Heimat und verlangen, daß man ihnen hier

die Möglichkeit gibt, zu arbeiten und menschenwürdig zu leben.

In Philippsburg sprach vor den Umsiedlern der Sudetendeutsche Hüttler, der die wahren Ursachen des Flüchtlingslebens und die Maßnahmen zu einer praktischen Lösung des Umsiedlerproblems aufzeigte. Die lebhafteste Diskussion bewies, mit welcher Anteilnahme die Versammlung seinen Ausführungen folgte. Mit großer Entrüstung wurden Maßnahmen der Gemeindeverwaltung in der Diskussion angeprangert, die bewiesen, daß auch in Philippsburg noch nicht das notwendige Verständnis für die Not der Umsiedler vorhanden ist.

Die dringlichsten Forderungen der Flüchtlinge wurden wie folgt formuliert:

1. Menschenwürdige Unterbringung;
2. Sicherung des Unterhalts für Rentner, Witwen und Waisen;

3. Zuweisung von Garten- und Ackerland durch die Enteignung des Großgrundbesitzes;
4. Gleichberechtigung der Umsiedler als Staatsbürger, das Recht für die Umsiedler, in den Gemeindeverwaltungen mitzubestimmen und mitzubestimmen zu lassen.

Auch in Wieseloch, Nußloch, Walldorf und Forst fanden die Ausführungen von Hüttler bei den Umsiedlern lebhaften Beifall. In Forst waren 450 Umsiedler versammelt, die sich ebenso wie in den anderen Orten einen Ausschuss wählten.

Diese Versammlungen der Umsiedler sind ein vielversprechender Anfang. Die Umsiedler tun sich daran, sich überall solche Ausschüsse zu wählen, die berufen sind, ihre Interessen zu wahren, die dafür zu sorgen haben, daß die Umsiedler gehört werden und daß sie als gleichberechtigte Staatsbürger bei uns den ihnen gebührenden Platz bekommen.

„Der Verfasser nicht festzustellen“

Spätes Eingeständnis einer Wahllüge

Wir drucken nachstehend im Wortlaut eine Erklärung der Badischen christlich-sozialen Volkspartei ab, die das verspätete Eingeständnis einer Wahllüge gegen die Kommunistische Partei Südbadens und gegen unseren Genossen Erwin Eckert darstellt. Die Erklärung lautet:

„In einem Artikel der „Südwestdeutschen Volkszeitung“ vom 7. Mai 1947, Nr. 36, über „Politische Säuberung und Wahlkampf“ wurde behauptet, daß sich die Amtsstelle für die politische Säuberung unter der Leitung des damaligen Staatsrats Eckert zu einer Werbestelle für die KP entwickelt habe, in der den durch die Säuberung Betroffenen statt Trost und Hilfe in ihren Nöten nicht selten ein Aufnahmeformular für die KP in die Hand gedrückt worden sei. Ähnliche Dinge hätten sich während dieser Aera und noch später auch im Land draußen zgetragen.

Der verantwortliche Verfasser des Artikels ist nicht festzustellen. Die durchgeführten Untersuchungen haben keinerlei Grundlage für die Richtigkeit der Behauptungen ergeben. Die Badische christlich-sozialen Volkspartei muß daher lebhaft die Veröffentlichung der oben ange-

föhrten Behauptungen bedauern, die leider in der Hitze des Wahlkampfes unterlaufen ist.

Der Landesvorstand der Badischen christlich-sozialen Volkspartei gez. Wohleb.“

Die Erklärung spricht für sich selbst. Während der Wahlzeit hat die Zweckliche ihre Bestimmung erfüllt. Die nachträgliche Klarstellung ändert an der damaligen Wirkung der Lüge nichts mehr. Richtigstellungen nehmen die Lügenfabrikanten natürlich in Kauf, sie sind sogar mitunter in Rechnung gestellt. Wenn wir allen heute gegen uns gestarteten Lügen begegnen, ja selbst sie nur verzeichnen wollten, würde uns der Raum des „Volksechos“ zu nichts anderem reichen. Trotz Berichtigungen, man weiß, so wie die Verhältnisse liegen, das Lügen lohnt sich für jene Kreise.

Öffentlicher Tauschhandel

In einer kleinen Gemeinde zwischen Um und Stuttgart fuhr der Lastwagen eines Remscheider Kaufmanns mit Zinkwaren und Eisen auf den Dorfplatz unter der Linde vor und der Dorfdiener schellte öffentlich aus, daß die begehrten Haushaltswaren gegen Butter und Eier felgebotten seien.

Konstanz (Südkurier)

Gedenktage DER WOCHE

- 13. 8. 1913 August Bebel gestorben.
- 1897 Karl Liebknecht geboren, 1920 Nik. Lenäa, Dichter, geboren.
- 14. 8. 1945 Bedingungslose Kapitulation Japans. Freundschafts-Erklärung zwischen UdSSR und China.
- 16. 8. 1937 Wilh. F. I. antifaunistischer Kämpfer, hingerichtet.
- 18. 8. 1850 Honoré de Balzac, französischer Schriftsteller gestorben.
- 19. 8. 1907 Internationaler Sozialistenkongress in Stuttgart. — 1913 J. W. A. Brüder, der Dampfmaschine, gestorben.

Milde Urteile gegen Schieber

Der Bestzer eines Verkaufsgeschäftes für Haushaltsgegenstände in Feudenheim, Wilhelm Gumbel, wurde zu 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Anklage hat ihm Zurückhaltung von Waren im Friedenswert von 100 000 Mark vorgeworfen. 24 Lastwagenladungen wurden 8. Kz. auf 4000 Mark gekauft und 40 kg davon für 8000 Mark wieder verkauft. Dieser Volkschädling erhielt 1 Jahr und 1 Monat Gefängnis und der Käufer der Marken, ein gewisser H. H. H., der während des Krieges Millionen-geschäfte mit Rohren gemacht hat, erhielt 9 Monate Gefängnis.

An alle Ortsgruppen der KPD!

Unser Leser! Durch die allgemeine schlechte Papierversorgung sehen wir uns gezwungen, unsere Auflage beträchtlich zu kürzen. Um abzufüllen, bitten wir alle Genossen und Leser unserer Zeitung, dieselbe an alle diejenigen weiter zu geben, denen wir leider keine Zeitung liefern können.

Redaktion und Vertrieb.

Nazirichter als Spruchkammervorsitzender

Täglicher Hohn auf die Entnazifizierung

Wir sind in den zwei Jahren nach dem Zusammenbruch schon an starke Zumutungen gewöhnt. Taucht jedoch ein ehemaliger Beisitzer des Nazisondergerichts Mannheim als Landgerichtsdirektor und Spruchkammervorsitzender im demokratischen Nachkriegsdeutschland an der Spruchkammer in Karlsruhe auf, so ist das zuviel, und jeder Tag, an dem Herr Courtain sich in das Gewand demokratischer Rechtsprechung kleiden kann, ist ein Faustschlag ins Gesicht aller anständigen Menschen.

Der Wolf kann nie seine Natur verleugnen, auch dann nicht, wenn er in den Schafspelz schlüpft. Genau so geht es unserem ehemaligen Sachwalter des Nazirechts vom Mannheimer Sondergericht. Ob er Fragebogenfälschungen begangen hat, um seinen Beitrag zur braunen Verbercherjustiz nicht der entnazifizierungsbefähigten Nachwelt zu überliefern, wissen wir nicht. Aber eines wissen wir und erleben es bei jeder Spruchkammersitzung aufs neue: Herr Courtain schont die Naziaktivisten und verunglimpft die auftretenden Belastungszeugen, und wenn diese zufällig Kommunisten sind, spricht er ihnen die Glaubwürdigkeit ab. Das war so in den Spruchkammerverfahren gegen den berühmten Nazi-Ortsgruppenleiter Weibbecher aus Grünwäldchen, das wiederholte sich in den Fällen Dr. Hartmann, Ortsgruppenleiter Kehreis und anderen.

Die Spruchkammer IV unter dem Vorsitz des Doktors der braunen und demokratischen Rechte Courtain behandelte vor einiger Zeit auch alle Fälle der Pgs. des Karlsruher Inter-

nierenkrankenhauses. Dort ist vom Ortsgruppenleiter bis zum Gauleiter alles vertreten. Besonders eine Kategorie fällt auf: die SS-Aerzte und ehemaligen Dozenten für Medizin und Chirurgie an deutschen Universitäten. Diese Kapazitäten der Euthanasie, der Sterilisation und wissenschaftlichen Anhänger der Menschenversuche, sie kamen allzuviel aus der Kammer des Herrn Courtain als Minderbelastete oder gar Mittläufer heraus, als daß man das zum Zufall oder der richterlichen Objektivität des Dr. jur. Courtain zuschreiben könnte.

Auf der Landesdelegiertenkonferenz der Verfolgten des Naziregimes in Stuttgart wies bereits schon der zweite Vorsitzende, Rechtsanwalt

Dr. Hoffmann aus Karlsruhe, auf den Skandal hin, daß der ehemalige Sondergerichtsvorsitzende Mäckert zum Landgerichtspräsidenten vorgeschlagen wurde und der Beisitzer des Sondergerichts Dr. Courtain heute als Spruchkammerpräsident fungiert.

Wenn hier Justiz- und Befreiungsministerium versagen, die demokratische Öffentlichkeit duldet es nicht länger, daß Nazirichter heute „Recht“ sprechen und die braunen Verbrecher beurteilen, deren getreue Vasallen sie einst waren. Das Wort haben jetzt Justiz- und Befreiungsministerium. Wir warten auf ihre Entscheidung, aber nicht allzulange.

F. K. H. Dietz, Karlsruhe.

Unter der Lupe

Mannheim

Schwere Enttäuschung für die Hausfrauen. Eigenartig nimmt einem manchmal die Aufgabe des Ernährungsamts Mannheim an. Anstelle von Brot gibt es Kochweiz, so heißt es in einer amtlichen Bekanntmachung, die am 7. 8. veröffentlicht wurde. Eine Nachricht, die große Freude bei vielen Hausfrauen auslöste. Aber die Freude war verfrüht. Das Kochweiz gibt es nämlich auf Brotmarken, die bereits am 1. 8. aufgerufen waren.

Wird das Ernährungsamt wirklich nicht, daß 7 Tage nach einem solchen Aufruf nur wenige Hausfrauen noch diese Marken im Besitz haben?

Noch ein unverständlicher Aufruf

Wer Kartoffeln einkufen will, muß dies bis zum 14. August 1947 beim Kartoffelhändler anmelden. Wer Einkaufskartoffeln vom Bauer beziehen will, soll dies ebenfalls bis zum 14. August auf der Karte anmelden. Wer amtliche Bekanntmachung, veröffentlicht am 9. August. Wer ist für diese „eigenartige“ Anordnung verantwortlich? Es ist klar, daß in diesem paragrafen die Verbraucher nicht in der Lage sind, sich einen Kartoffellehranten auf dem Lande zu verpflichten. Und warum die Drohung, wer sich bis zum 14. August nicht meldet, bekommt keine Einkaufskartoffeln?

Heidelberg

Schwarze Diamanten. Ein neuer Fall Isengard beschäftigt die Heidelberger. Ein Mann, der sich als Herr Müller, Heidelberg, 6000 Ztr. Kohlen nebst 10 000 Ztr. Brennholz in schwarze Kohlen umzuwandeln verspricht. Um eine erneute Brennstoffkatastrophe im kommenden Winter zu vermeiden, dürfte es ratsam sein, die gesamten Vorräte an Isengard, Schmelz und Kunstgegenstände einzukaufen, und geräumige Zimmer mit diesem Krimskrams fülle, in welchem sich die Leere und die Sinnlosigkeit seines Strebens verkörperte. Aus dem bunten Mosaik seiner zahlreichen Werke sind besonders zu erwähnen: „Die Frau von 30 Jahren“, „Eugenie Grandet“ und „Vater Goriot“, denen er seine Berühmtheit verdankt.

Ladenburg

Teures Obst. Die Stadtgemeinde Ladenburg verlangt für die Obst 40 Pfg. pro Pfd., was wobel zu beachten ist, daß das Obst nicht gleich geerntet werden konnte und ein weiteres Risiko durch Verlust in Absatz gebracht werden mußte. Braucht sich eine Gemeinde nicht an die amtlichen Preise zu halten? Heute, wo der Wochenlohn eines Arbeiters im Verhältnis zu den Preisen sehr gering ist, kommt auf jede Mark an. Wir appellieren an

das soziale Verständnis der Herren im Gemeinderat und erwarten, daß sie beim Spätesten keine so hohen Preise in Rechnung stellen, zumal es sich bei den Klüffern überwiegend um Arbeiter und Flüchtlinge handelt.

Die Kleinen hängt man

Die Großen läßt man laufen. In Ladenburg gibt es überhaupt keine aktiven Nazis, wenn man sich die Spruchkammerurteile ansieht. Wie könnte es möglich sein, daß der stellvertretende Ortsgruppenleiter, der zugleich Ortsgruppenleiter und Geschäftsführer war, Mittläufer geworden ist. Dieser Spruch im Falle des Herrn Treiber ist ein Fehlurteil und muß einer Revision unterzogen werden. Ein Mann, der als Blockleiter und Zeilenleiter mit der Sammelbüchse herumgegangen ist, in die Gruppe der Minderbelasteten eingereiht hat (siehe Fall des Schuldners Stöckle oder des Fehldüters Schmiech). Auch in anderen Fällen hat sich gezeigt, daß die Spruchkammer der Grundsatze sind: Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen.“ KPD, Ladenburg.

Flehhngen

Ein „demokratischer“ Gemeinderat. 1941 Amtsleiter der NSDAP - vorher mehrjähriger Parteianwärter - bei jeder Sitzung Mitglied des politischen Ausschusses. Nach 1945 demokratischer Gemeinderat. Mitglied des politischen Ausschusses zur Säuberung von Nazismus - das ist Herr Schäfer. Eine Frage an den Gemeinderat: Stimmt es, daß Sie ihre eigene amtliche Beurteilung verfaßt und eigenhändig unterschrieben und sich als hilflosen Menschen hingestellt haben? Ihre Tragikodie, die in einem demokratischen Staat eigentlich unmöglich sein sollte.

Achtung!

Freitag, 15. August, um 18.30 Uhr, im Speisesaal der Motoren - Werke

Allgemeine Betriebsarbeiter-Konferenz der KPD Mannheim

Hans Schellenberger spricht: „Selbsthilfe oder Hilfe von außen“ Stadtkreisleitung.

Was geht in Leimen vor?

Große Lebensmittel-schiebungen - Leisten die Behörden Vorschub?

Anläßlich der Verhaftung von Frau Lina Krauth, Lebensmittelhändlerin, über die wir bereits berichteten, wurden 2 Zentner Butterschmalz, außer anderen Lebensmittel, beschlagnahmt. Ein Untersuchungen bei Verwandten und Bekannten in den letzten Wochen förderten ziemlich umfangreiche Lebensmittelmengen zutage. 16 Säcke Zucker, 100 Kilo Reis, Kakao, Feigwaren wurden bei einem Herrn A. in Leimen am Berg gefunden. In der Engelsgasse fand man zwei Bauernwagen voll Zucker, Butter, Mehl und Reis (man spricht von 30 Paar Schuhen und Koffern mit Damen-, Herrn- und Kinderwäsche) und in der Kaiserstraße bei einem Herrn K. Rauchwaren und weitere Dinge.

Es besteht Verdacht, daß ein großer Teil der von Frau Krauth gehorteten Waren bereits dem Zugriff entzogen sind. Nicht unüblich ist es, daß die Behörden bei den in Leimen sattsam bekannten nächtlichen Orgien zum Schaden der Bevölkerung verschwendung sein.

Aber wie konnte es eigentlich soweit kommen? Bereits im April war den Behörden offiziell bekannt, daß Frau Krauth durch monatliche Beträge, die sie in ein umfangreiches Warenlager beschafft hatte, wie weit dabei der Beamte Bähr von der Kartenteile mitgeholfen hat wird die gerichtliche Untersuchung hoffentlich aufdecken. Sogar die Verhaftung der Frau Krauth, Schließung des Geschäftes, Beschlagnahme aller Waren wäre damals das einzig Richtige gewesen. Ein Gang zur Kartenteile in welcher auch der Landrat und ein Herr Horsch (ein angeblicher Verwandter von Frau Krauth) vom Ernährungsamt Heidelberg-Land bei der Verhaftung mitgewirkt haben, ist dieser Art. Das Ergebnis war, daß Frau Krauth verpflichtet wurde, ihren Bestand an Lebensmitteln zu verkaufen. Von April bis Ende Juni, d. h. bis zu ihrer Verhaftung, hatte sie also Gelegenheit, die Lebensmittel zu verschleppen.

Die Gemeindeführung der Ortsgruppe der Kommunistischen Partei in Leimen verdächtigt, daß die Bevölkerung durch die Verhaftung der Frau Krauth die größte Sauberkeit in der Gemeindeverwaltung und in allen Ämtern und wehrt sich dagegen, daß sich Verschwendung auf Kosten der hungernden Masse bereichern.

Es scheint uns, daß durch die Verzögerung und Verschleppung der Angelegen-

heit Krauth diese Schieberin geradezu ermutigt wurde, ihre Lebensmittel an allen möglichen Stellen zu verstecken. Die Untersuchung wird hoffentlich volle Klarheit bringen, aber es zeigt sich auch hier wieder einmal, wie notwendig die Kontrollausschüsse der Bevölkerung zur Erfassung, Lenkung und Verteilung der Verbrauchsgüter sind.

Um das Brot

Immer noch Brachland in Mannheim

Der Kleingarten-Verein Käferal führt seit Monaten Verhandlungen mit der Stadt über die Zuteilung von Gartenland für seine Mitglieder. Jetzt endlich soll Gelände zur Verfügung gestellt werden. Bei dieser Gelegenheit erinnern wir daran, daß wir bereits im Frühjahr auf die in Mannheim immer noch brachliegenden Flächen hingewiesen haben. Unsere damals zum Ausdruck gebrachte Hoffnung, daß dieser Zustand geändert wird, hat sich leider nicht erfüllt. Die Stadtverwaltung hat hier wenig Initiative an den Tag gelegt. Ein Gang durch die Felder in der Umgebung von Mannheim beweist dies.

Ein Beispiel: In Waldhof-Gartenstadt ist ein abgeholztes Gelände von schätzungsweise 8 ha. Nichts wurde unternommen, um dieses Gelände der Ernährung nutzbar zu machen, trotzdem auch im Stadtrat von den Kommunisten darauf hingewiesen wurde. Einige Bewohner der Gartenstadt haben nun Kleingärten dort angelegt. Ihnen wurde ausgerechnet, daß die Schwierigkeiten zu bearbeitende, mit Stumpfen und Gräben durchzogene Teil des Geländes angewiesen. Ein anderer Teil, schönes, ebenes Gelände, liegt heute noch brach.

Die neuen Kleingärtner müßten ihr Wasser aus großer Entfernung heranschleppen. Auf Reklamation unseres Stadtrates Schreck wurde ein Hydrant angeschlossen, aber leider nur kurze Zeit, dann war dies auch wieder aus.

Am guten Willen bei der Bevölkerung liegt es also nicht, das beweist das obige Beispiel, wenn in Mannheim noch Gelände brachliegt. Es gibt genug Menschen, die gerne einen Garten bebauen würden. Es liegt nur an der mangelnden Initiative und an der fehlenden Unterstützung der Kleingärtner durch die städtischen Stellen. Angesichts der heutigen Notlage müßte hier endlich eine wirkliche Wandlung eintreten.

Ist das wirklich notwendig?

In diesem Jahre werden die Tabakpflanzern nicht die Möglichkeit haben, ihren selbstgebaute Tabak gegen Tabakfabrikate zu tauschen. Eine Verordnung des Wirtschafts- und Finanzministeriums von Württemberg-Baden und eine Anordnung des Zweizonenwirtschaftsamtes verbieten das. Ist dieses Verbot gerechtfertigt? Kleinpflanzern (bis zu 200 Tabakpflanzern) brauchen bekanntlich keinen Tabak zu liefern. Aber die Großpflanzern, die ablieferungspflichtig sind, hätten die bestehenden Tauschmöglichkeiten benutzt, um sich der Ablieferungspflicht zu entziehen und ihren Roh-tabak durch Mittelsmänner bei den Fabriken gegen Tabakware einzutauschen. Dieser eingetauschte Tabak verschwand dann auf dem schwarzen Markt. Um dies zu verhindern, deshalb das Verbot.

Wir sind der Meinung, daß es auch andere Mittel gegeben hätte, diesen Schwarzmarkt zu verhindern. Wir müssen dieses Verbot als eine unbillige Härte gegen die Kleinpflanzern (Kleingärtner, Siedler, Bauern usw.) bezeichnen, die jetzt gezwungen sind, ihren Tabak selbst gebrauchsfähig zu machen. Daß der Tabak dabei keineswegs bekommen wird und sogar gesundheitsschädlich wirken kann, ist bekannt. Deshalb sollte eine Möglichkeit geschaffen werden, um die Kleinpflanzern in die Lage zu versetzen, wieder Roh-tabak gegen Tabakfabrikate bei den Fabriken einzutauschen.

Bildung darf nicht Monopol sein!

Aus dem Schulmemorandum der Kommunistischen Partei

Der gemeinsame Unterbau. Bildung darf nicht das Monopol einer bestimmten Schicht sein. Höherbildung des ganzen Volkes in Stadt und Land, nicht nur eines auserlesenen Teiles, ist das Ziel. Deshalb ist der Volksschule, die alle Kinder besuchen die größte Beachtung zu schenken.

In ihr erhalten alle Kinder ohne Unterschied der gesellschaftlichen Herkunft, des Glaubens oder der Abstammung ihre grundlegende Erziehung. Kein anderes Schulform kann in dieser umfassenden Weise der Entwicklung der sozial-ethischen Anlagen dienen.

Zuschrift von Lehrer L. aus Str.

Nicht Reden und Lehren über Toleranz und Humanität, sondern die praktische Vorleben und das tätige Hineinleben. Des-

halb kann nur eine gemeinsame Schule (Gemeinschule) während der Dauer der Kinderschulpflicht ohne Zulassung einer Umwandlung durch Privatunterricht oder Ständeschulen) dazu führen, daß alle Kinder, gleich welcher Herkunft, ohne vorgefaßte Trennung nach Glauben, Stand, Rasse einander kennen und nach ihrem wirklichen persönlichen Wert schätzen lernen.

Die Gemeinsamkeit kann in einer weiterführenden - Oberschule beibehalten werden. Bei der Unterscheidung von Kern- und Wahlfächern ist dies ohne weiteres möglich. Man müßte mit Rücksicht auf die praktischen Berufe die Differenzierung der Wahlfächer schon im seitherigen Volksschulalter beginnen.

Lehrer! Betelligt euch an den Besprechungen der Kommunistischen Partei über Schulfragen.

Lehrer! Betelligt euch an den Besprechungen der Kommunistischen Partei über Schulfragen.



Honoré de Balzac

Zu den großen französischen Dichtern des vergangenen Jahrhunderts gehört Honoré de Balzac, dessen Todestag sich in diesen Tagen zum 97. Male jährt. Honoré de Balzac ist am 20. Mai 1799 in Tours in Frankreich geboren, absolvierte seine Studien im College von Vendôme und in Paris. Er entstammte einer Bürgertamilie und wurde zum Advokaten erzogen. Er aber wollte schreiben, und weil seine Familie sich weigerte, ihn zu erhalten, brannte er durch und darbe in einer Dachkammer. Seine fortwährenden Geldsorgen zwan-

gen den Dichter zu einer ungeheuren Arbeitsleistung. Jedoch die Geldverlegenheiten blieben sein steter Begleiter, da er, sobald er wieder ein Vermögen erworben hatte, nach Abtragung eines Teiles seiner schwebenden Schulden, nach Herzenslust Seide, Samt, Möbel, Teppiche, Gobelins, Schmuck und Kunstgegenstände einkaufte, und geräumige Zimmer mit diesem Krimskrams füllte, in welchem sich die Leere und die Sinnlosigkeit seines Strebens verkörperte.

Aus dem bunten Mosaik seiner zahlreichen Werke sind besonders zu erwähnen: „Die Frau von 30 Jahren“, „Eugenie Grandet“ und „Vater Goriot“, denen er seine Berühmtheit verdankt.

Seine Gestalten tragen die Züge des französischen Bürgers, der unter der in der französischen Revolution von 1789 erkämpften Freiheit die des maßlosen und kühnen Strebens nach Reichtum und Vorteil versteht, denn er selbst verkörpert diese „entfesselte Freiheit“.

„Nun bemerkte Frau Ogi: „Und Balzac? Behauptet Du etwa, daß er, weil seine Klauen im allgemeinen der Bourgeoisie anhängen, eine geschickte Klassenpropaganda betrieben habe und überhaupt ein bürgerlicher Autor gewesen sei? Eine derartige Betrachtungsweise wäre ja eine Parodie literarischer Kritik.“

Ogi erwidert: „Wir wollen uns Balzac draufhin einmal ansehen.“ In diesem Augenblick trat die Post ein und brachte Frau Ogi einen Brief, der schlechte Nachrichten über eine Freundin enthielt. Ihr Gesicht wurde beklümmert. Ogi, der sogleich beobachtete, rief wie unter einer plötzlichen Eingebung: „Halte diesen Ausdruck fest!“

„Was willst du denn?“, stammelte Frau Ogi verständnislos.

„Ich brauche ihn für eine Erzählung. Alle Einzelheiten muß ich haben; das Zittern deiner Lippen, den Ausdruck deiner Augen. Halte ihn fest! Er ist musterhaft.“

„Nein, ich wollte dir nur die Seele Balzacs enthüllen, der der vollkommenste Typ der Raubtierdichter ist. Die Verkörperung der Kunst um der Kunst willen, das Genie, das ein Gewissen nur vor dem Kunstwerk hat und nichts kennt, als den unerbittlichen Zwang zu schildern: Kraft, Zorn, Pracht, Entsetzen, Erhabenheit, Sentimentalität, Mitleid, Vornehmheit, Habgier, Schrecken, Grausamkeit, Angst, Schönheit, Leidenschaft, Demut, Sehnsucht, Gottlosigkeit, Ruhm, Wahnsinn, Majestät und Wonne.“

Dieser Raubtierdichter, der in einer Raubtierwelt lebte und Raubtiergerüche schilderte, erscheint uns nicht als Propagandist, einfach weil er mit den Objekten seiner Schilderung völlig identisch ist. Und er erschließt die Welt der Reaktion in Frankreich, die dort auch heute noch besteht. Die Massen hatten Revolution gemacht und gehofft, dadurch frei zu werden, aber die Kaufleute und Bankiers und Advokaten rissen die Macht an sich. Allein hätte die Reaktion in Frankreich keinen Erfolg gehabt, aber England kam ihr zu Hilfe. Das war der Triumph des britischen Goldes: Es übernahm die Kontrolle des Kontinents und schuf ihn von neuem nach dem Ebenbilde des Krümers. Und überall herrschte das Bürgertum, jene Gesellschaft, in der jeder dem Gelde nachjagt. Hat er es erungen, so verwendet er es dazu, noch mehr Geld zusammenzurufen oder seine Persönlichkeit zu entfalten, indem er mit der Macht des Geldes seine Mitmenschen beherrscht und unterdrückt. Die Erfolgreichen genießen das Leben, die Erfol-

losen werden zertreten: das ist die „Comédie Humaine“, die Balzac in fünfundachtzig Prosawerken schildert, seine Dramen, Essays und Kritiken nicht mitgezählt.“

Lebensweisheit

von Honoré de Balzac
„Wir gehen eher an den Folgen einer geäußerten Hoffnung zugrunde, als an der Reue über eine bestimmte Tat.“
„Es ist unmöglich, daß ein Mensch keine Mante hat. Wir lieben alle entweder die Jagd oder das Fischen. Oder das Spiel oder die Musik oder das Geld oder das gute Essen.“
„Jene, die den Kummer nicht zu töten wissen, lassen sich schließlich durch ihn töten. Das Leben ist eine Arbeit, ein Handwerk, und man muß sich Mühe geben, es zu erlernen.“
„Es ist mit der Wohlthätigkeit wie mit dem Triumph: Man übt gerne eine Barmherzigkeit, die der Eltelkeit wohl-tut.“
„Die Menschen erlauben uns wohl, daß wir uns über sie erheben, aber sie verzeihen es niemals, wenn wir nicht ebenso tief hinabsteigen wollen, wie sie. So kommt es denn, daß das Gefühl, das sie für große Charaktere in sich tragen, niemals ganz frei von Haß und Furcht ist.“

Herausgeber: Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirksvorstand Nordbaden, Mannheim, S. 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber und Willy Grimm, Mannheim, S. 3, 10. Tel. Nr. 4283. Auflage: 45 000. Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R. 1, 4-6. Authorized by Military Government of Württemberg and Baden, Stuttgart, Ff, 19, 4, 44.

GRÖßDRUCK

- Donnerstag, 14. 8. 47: 7.10 Uhr Aus Politik und Wirtschaft; 14 Uhr Die tägliche Zeitungsschau; 16.30 Uhr Junge Welt; 19.30 Uhr Aus Politik und Wirtschaft; 19.45 Uhr Tribune der Demokratie; 20.15 Uhr Tageskommentar.
- Freitag, 15. 8. 47: 7.10 Uhr Aus Politik und Wirtschaft; 14 Uhr Die tägliche Zeitungsschau; 17.30 Uhr Juristische Viertelstunde; 18.40 Uhr Die Stimme des FPG; 19.35 Uhr Aus Politik und Wirtschaft.
- Samstag, 16. 8. 47: 7.10 Uhr Aus Politik und Wirtschaft; 14 Uhr Die tägliche Zeitungsschau; 19.25 Uhr Außenpolitische Wochenübersicht von Michael Storm; 20.15 Uhr Tageskommentar; 21.40 Uhr Tribune der Demokratie.
- Sonntag, 17. 8. 47: 11.15 Uhr Junge Welt; 14 Uhr Die tägliche Zeitungsschau; 19.45 Uhr Aktuelles.
- Montag, 18. 8. 47: 7.10 Uhr Aus Politik und Wirtschaft; 17 Uhr Der Blick in die deutsche Presse; 18.30 Uhr Junge Welt; 19.25 Uhr Aus Politik und Wirtschaft; 20.15 Uhr Tageskommentar; 21.15 Uhr Innenpolitische Rundschau von Herbert Geiser.
- Dienstag, 19. 8. 47: 7.10 Uhr Aus Politik und Wirtschaft; 13.15 Uhr Berlin Kleinreporter; 14 Uhr Die tägliche Zeitungsschau; 17.50 Uhr Die Stimme des Kultur; 19.25 Uhr Aus Politik und Wirtschaft; 20.15 Uhr Tageskommentar; 21.15 Uhr Tribune der Demokratie.